

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 138, 2016

- 1. Artikel/Grafik: Eons teure Scheidung (11.05.2016)**
- 2. Artikel/Grafiken: Eon: Kernspaltung mit hohem Risiko (11.05.2016)**
- 3. Artikel/Grafik: Investor setzt Eon unter Druck (20.05.2016)**

„Ende 2014 hat Eon-Chef Johannes Teysen mit seinem spektakulären Plan für eine Aufspaltung des Energiekonzerns alle überrascht. Am 8. Juni will er das Projekt zum Abschluss bringen. Die Hauptversammlung soll die Abspaltung der Kohle- und Gaskraftwerke in das neue Unternehmen Uniper absegnen. Teysen will die Aktionäre vor allem mit einem Argument überzeugen: ‚Dass mit unserem Spin-off-Plan für beide Unternehmen bessere Zukunftsperspektiven als in der alten Struktur verbunden sind.‘ Das mag für die neue Eon SE gelten. Der Konzern, den Teysen weiter führt, wird sich auf das Zukunftsgeschäft mit der Energiewende konzentrieren. Hinter der Zukunftsfähigkeit des neuen Unternehmens Uniper, das operativ zum Jahreswechsel gestartet ist, steht aber inzwischen ein dickes Fragezeichen. Uniper kämpft mit seinen notleidenden Großkraftwerken vom Start weg ums Überleben. Chef Klaus Schäfer hat bereits angekündigt, die Investitionen zu drosseln und die Kosten zu drücken, etwa durch einen Stellenabbau. Doch all das reicht nicht: Nach Informationen des Handelsblatts aus Konzernkreisen hat Uniper schon im ersten Quartal Tafelsilber verkauft [...]“ Zudem drängt ein großer Investor des Unternehmens darauf, den Aufspaltungsprozess weiter zu forcieren und auf die regionalen Strom- und Gasnetze zu erweitern.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

- 1. Erläutern Sie, inwieweit und in welcher Form sich die Rahmenbedingungen für die großen deutschen Energieversorger in den letzten Jahren verändert haben. Analysieren Sie hierzu insbesondere die Wirkungen energiepolitischer Entscheidungen.*
- 2. Erschließen Sie sich vor diesem Hintergrund die Umgestaltung des Eon-Konzerns. Benennen Sie die im Wesentlichen hiermit verfolgten Zielsetzungen.*
- 3. Analysieren Sie den aktuellen Status des Strategiewechsels. Berücksichtigen Sie die bestehenden Herausforderungen und Risiken.*
- 4. Geben Sie die Forderungen des Investors Knight Vinke wieder. Arbeiten Sie die von ihm verfolgten Zielsetzungen heraus.*

5. *Analysieren Sie die (absehbaren) Interessenkonflikte zwischen der Führung, den Shareholdern und Stakeholdern des Unternehmens.*

4. Artikel/Grafik: Förderung von Ökostrom: Gegen den Wind (12.05.2016)
5. Artikel: Der Fluch der Ökosubventionen (12.05.2016)
6. Artikel: Bund und Länder streiten über erneuerbare Energien (23.05.2016)

„Am heutigen Donnerstag will Kanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und den Ministerpräsidenten der Länder die Weichen für diese grundlegende Änderung der Förderung stellen. Beschließen soll das Kabinett sie am 25. Mai. Gemeinsames Ziel ist es, die Förderung effizienter zu machen. Es geht um viel Geld: Die EEG-Ausgaben summieren sich auf Werte von über 20 Milliarden Euro pro Jahr, Tendenz steigend. Die Branche fürchtet um ihre Pfründen. Seit Tagen ziehen Windradbauer, Solar- und Biogasbranche, Projektentwickler und Zulieferer alle Register der Protestmaschinerie: [...] Doch die Vorzeichen stehen schlecht für die Branche. Selbst Freunde und Förderer der erneuerbaren Energien wie Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake sagen heute, es sei ‚Speck im System‘, der abgebaut werden müsse. Der Stimmungswandel ist auch in der Bevölkerung zu verzeichnen.“ Allerdings gibt es große Interessenkonflikte zwischen Bund und Ländern.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. *Beschreiben Sie das aktuelle System der Förderung von Ökostrom in Deutschland. Benennen Sie die hiermit im Kern angestrebten Zielsetzungen.*
2. *Legen Sie die Entwicklung der Höhe der entsprechenden Umlage in den letzten Jahren dar.*
3. *Erläutern Sie vor diesem Hintergrund die aktuellen Pläne der Bundesregierung.*
4. *Geben Sie die Reaktion der Vertreter der Windkraftbranche wieder.*
5. *Überprüfen Sie, inwieweit zwischen der Bundes- sowie den Landesregierungen Konsens hinsichtlich der zukünftigen Förderausrichtung besteht. Erschließen Sie sich potenzielle bzw. auftretende Interessenkonflikte.*
6. *Nehmen Sie begründet Stellung hinsichtlich der Fragestellung, ob und inwieweit eine Kürzung der Öko-Subventionen sinnvoll bzw. notwendig erscheint. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

7. Artikel: Schub für Energieeffizienz (13.05.2016)

„Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will in den nächsten fünf Jahren gut 17 Milliarden Euro für die Förderung der Energieeffizienz ausgeben. Seine am Donnerstag vorgestellte ‚Energieeffizienz-Offensive‘ fasst allerdings zum größten Teil Programme und Maßnahmen zusammen, die es bereits seit Jahren gibt. Hinzu kommen vier neue Programme, die sich in erster Linie an Unternehmen wenden. [...] Politisch steht die Bundesregierung nach den Beschlüssen des Klimagipfels von Paris unter Druck. Ohne einen effizienteren Einsatz von Energie lassen sich ehrgeizige CO₂-Einsparungsziele nicht erreichen. Ziel ist es, den deutschen Energieverbrauch bis 2050 zu halbieren.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“ und „**Energiesparen**“

1. *Erklären Sie, was unter dem Begriff Energieeffizienz verstanden wird.*
2. *Fassen Sie die aktuellen Pläne des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD) zusammen. Benennen Sie die im Wesentlichen verfolgten Zielsetzungen.*
3. *Erschließen Sie sich den Zusammenhang zwischen den klimapolitischen Beschlüssen auf internationaler Ebene und den hier dargestellten nationalen Maßnahmen.*
4. *Nehmen Sie Stellung zu folgender Aussage: „Natürlich werden bunte Plakate nicht ausreichen, um die Versäumnisse der letzten Jahre aufzuholen.“ Nehmen Sie hierbei Bezug auf das ökonomische Verhaltensmodell.*

8. Artikel: Atomfonds: Im Kern gespalten (13.05.2016)

9. Artikel: Bonität von RWE sinkt fast auf Ramsch-Niveau (17.05.2016)

„Es kommt nicht oft vor, dass sich die Energiekonzerne auf eine gemeinsame Linie einigen können. Deshalb war die Presseerklärung bemerkenswert, die die Atomkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall vor zwei Wochen verschickten. Mit deutlichen Worten lehnten sie den Vorschlag ab, den am selben Tag die Atomkommission zur Finanzierung des Atomausstiegs unterbreitet hatte. Die Unternehmen sahen sich unisono in ihrer ‚wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit‘ gefährdet. Die Phalanx hielt aber nicht lange. Am Dienstag scherte Eon-Chef Johannes Teysen als Erster aus und deutete an, den Vorschlag letztlich zu akzeptieren. In Kreisen von EnBW und Vattenfall heißt es auch schon, an dem Konzept sei kaum noch zu rütteln. RWE dagegen bleibt hart - und ist isoliert.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wettbewerbsstrukturen im Energiemarkt“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Erschließen Sie sich Umfang und Unwägbarkeiten der Aufgabe des Rückbaus bestehender Atomkraftwerke sowie der Entsorgung des Atommülls. Ermitteln Sie die hierfür realistisch anzunehmenden Zeiträume.*
2. *Arbeiten Sie vor diesem Hintergrund die Zusammensetzung, Aufgaben und Zielsetzungen der sogenannten Atomkommission heraus.*
3. *Fassen Sie die Ergebnisse ihrer Beschlüsse zusammen.*
4. *Geben Sie deren heutige Bewertung durch die Kraftwerksbetreiber, Anteilseigner und Umweltverbände wieder. Erläutern Sie die Unterschiede in den Einschätzungen sowie die auftretenden Konfliktlinien.*
5. *Erläutern Sie, weshalb sich insbesondere der RWE-Konzern gegen die Beschlüsse wehrt. Nehmen Sie in diesem Zusammenhang Bezug auf die aktuellen geschäftlichen Entwicklungen und die Bewertung der Ratingagentur Moody's.*
6. *Überprüfen Sie, inwieweit im Falle von RWE von einer existenzbedrohenden Situation gesprochen werden kann.*

10. Artikel/Grafik: Europäische Union: Frisches Geld für die Atomkraft (18.05.2016)

„Am Dienstag [...] verabreichte Brüssel Europas Atomkraftgegnern [...] eine bittere Pille. Einem Diskussionspapier zufolge soll die EU ihre technologische Vorherrschaft im Nuklearsektor mit dem Einsatz von EU-Forschungsgeldern verteidigen und beim Bau innovativer Reaktoren europaweit enger zusammenarbeiten. Dazu ließe sich auch der Europäische Fonds für strategische Investments (EFSI) anzapfen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) kritisierte den Vorstoß in Brüssel als ‚falschen Weg.‘ Es sei ‚schon absurd, darüber nachzudenken, wie man eine der ältesten Technologien, die wir zur Energieerzeugung in Europa nutzen, erneut mit Subventionen ausstatten will‘, betonte Gabriel.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Energiesparen“**

1. *Beschreiben Sie die wesentlichen Merkmale des Energieträgers Atomkraft hinsichtlich Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit.*
2. *Geben Sie die Vorschläge der EU-Kommission wieder. Benennen Sie die im Zentrum stehenden energiepolitischen Zielsetzungen.*

3. *Erschließen Sie sich die Reaktion der deutschen Bundesregierung.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit in Europa von einer gemeinsamen energiepolitischen Vorgehensweise gesprochen werden kann.*
5. *Nehmen Sie begründet Stellung zu den Plänen der EU-Kommission.*

11. Artikel: Vorbehalte gegen den Klimaschutzplan 2050 (20.05.2016)

„Der Klimaschutzplan 2050 soll den Weg zu einer treibhausgasneutralen Volkswirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts weisen. Alle Sektoren - ob Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie oder private Haushalte - sollen dazu beitragen, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen zu mindern. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft werde entscheidend von ihrer Fähigkeit abhängen, sich zu dekarbonisieren, heißt es in dem Entwurf, den Hendricks noch billigen muss. [...] Doch die Vorbehalte sind groß. Wie die Länder fühlt sich auch die chemische Industrie in den Prozess unzureichend eingebunden. [...] Statt Wettbewerbsvorteilen fürchtet man eher Wettbewerbsnachteile, wenn Klimaschutz in erster Linie national und nicht global angegangen wird. Im Ministerium versteht man die Aufregung nicht.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Energiepolitik“, „Energie und Makroökonomie“ und „Umweltschutz“

1. *Geben Sie die mit der Erstellung des Klimaschutzplans vom Bundesumweltministerium verfolgten Zielsetzungen wieder.*
2. *Arbeiten Sie die diesbezüglich auftretenden Interessenkonflikte heraus. Erschließen Sie sich die jeweiligen Interessen und Zielsetzungen der genannten Akteure.*
3. *Erläutern Sie den zu erkennenden Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen im Kontext der Energie- und Umweltpolitik. Ermitteln Sie weitere Beispiele für solche Prozesse.*

12. Artikel/Grafik: Atom-Nachhaftung: Mit Vollgas in die Zeitfalle (23.05.2016)

„Der Gesetzentwurf für das Nachhaftungsgesetz war bislang nur in der ersten Lesung im Bundestag. Zweite und dritte Lesung sowie Bundesratsbefassung stehen noch aus. Die Union setzte Ende 2015 durch, dass das Gesetz von der Tagesordnung gestrichen wurde. Die Unionsfraktion wollte die Ergebnisse der Atomkommission abwarten, die

Empfehlungen für den Umgang mit den Atomrückstellungen der vier Atomkonzerne erarbeitet hat. Die Empfehlungen liegen seit Ende April vor. Doch noch immer tut sich nichts. Weder beim Nachhaftungsgesetz noch bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission. Das Bundeswirtschaftsministerium geht sehr offen mit dieser Tatsache um: Ein Zeitplan für die Umsetzung der Gesetze zu Neuregelungen bei Rückbau und Entsorgung im Nuklearbereich ‚liegt derzeit noch nicht vor‘, heißt es in einer dem Handelsblatt vorliegenden Antwort von Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Sylvia Kottling-Uhl. Dass die Regierung noch nicht mal einen Zeitplan habe, verheißt nichts Gutes, kritisiert Kottling-Uhl. ‚Das Dringendste ist das Nachhaftungsgesetz‘, sagt die Grünen-Abgeordnete. Es müsse jetzt endlich verabschiedet werden. Jede weitere Verzögerung erhöhe die Risiken für die Steuerzahler.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“ und „**Energiesparen**“

1. *Erschließen Sie sich Umfang und Unwägbarkeiten der Aufgabe des Rückbaus bestehender Atomkraftwerke sowie der Entsorgung des Atommülls. Ermitteln Sie die hierfür realistisch anzunehmenden Zeiträume.*
2. *Arbeiten Sie vor diesem Hintergrund die Aufgaben und Zielsetzungen der sogenannten Atomkommission heraus. Ermitteln Sie ihre vorgelegten Beschlüsse.*
3. *Erläutern Sie die Bedeutung und Zielsetzungen des Nachhaftungsgesetzes.*
4. *Ermitteln Sie dessen Status. Überprüfen Sie, inwieweit sich seine Verabschiedung verzögert (hat), welche Gründe hierfür verantwortlich sind und welche Folgen dies haben kann.*

Eons teure Scheidung

5 *Johannes Teyssen wollte mit der Aufspaltung des Energiekonzerns zwei starke Unternehmen schaffen. Aber ist Uniper überhaupt lebensfähig? Die neue Kraftwerksgesellschaft verkauft schon jetzt ihr Tafelsilber.*

Ende 2014 hat Eon-Chef Johannes Teyssen mit seinem spektakulären Plan für eine Aufspaltung des Energiekonzerns alle überrascht. Am 8. Juni will er das Projekt zum Abschluss bringen. Die Hauptversammlung soll die Abspaltung der Kohle- und Gas-
10 kraftwerke in das neue Unternehmen Uniper absegnen. Teyssen will die Aktionäre vor allem mit einem Argument überzeugen: „Dass mit unserem Spin-off-Plan für beide Unternehmen bessere Zukunftsperspektiven als in der alten Struktur verbunden sind.“

Das mag für die neue Eon SE gelten. Der Konzern, den Teyssen weiter führt, wird
15 sich auf das Zukunftsgeschäft mit der Energiewende konzentrieren. Hinter der Zukunftsfähigkeit des neuen Unternehmens Uniper, das operativ zum Jahreswechsel gestartet ist, steht aber inzwischen ein dickes Fragezeichen. Uniper kämpft mit seinen notleidenden Großkraftwerken vom Start weg ums Überleben. Chef Klaus Schäfer hat bereits angekündigt, die Investitionen zu drosseln und die Kosten zu drücken, etwa
20 durch einen Stellenabbau.

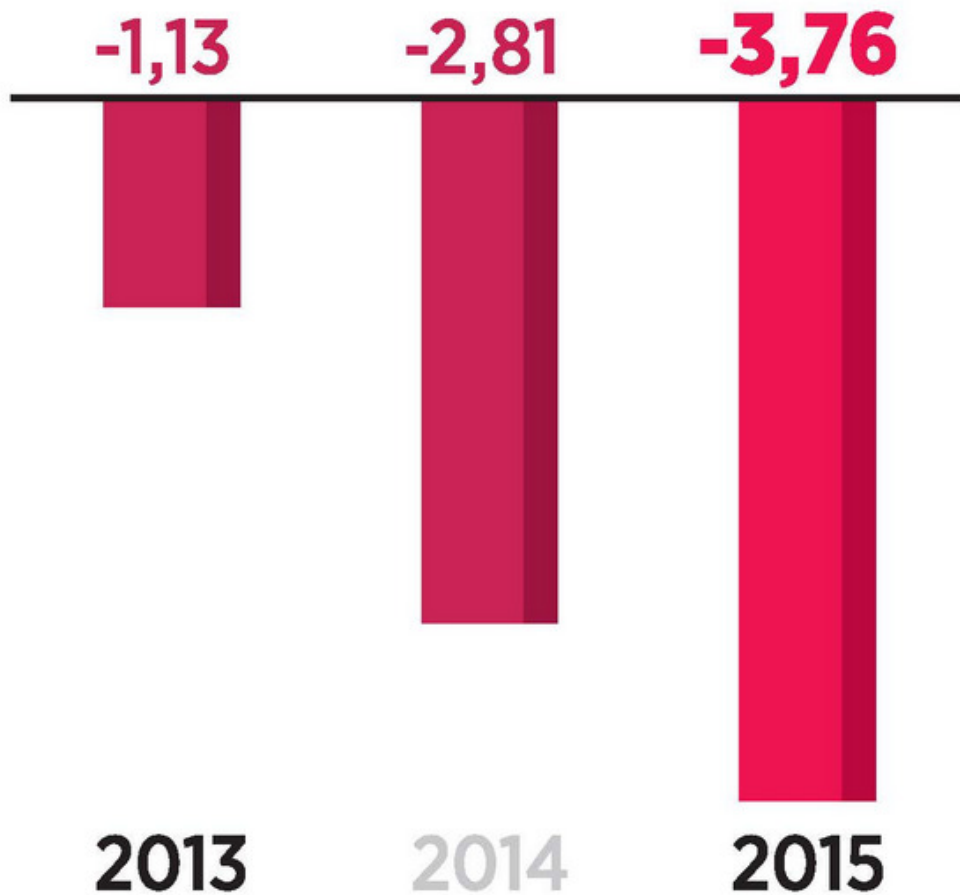
Doch all das reicht nicht: Nach Informationen des Handelsblatts aus Konzernkreisen hat Uniper schon im ersten Quartal Tafelsilber verkauft: Das Unternehmen stieß überraschend die 15,5-Prozent-Beteiligung an der Ostseepipeline Nordstream ab, die russische
25 Gas nach Westeuropa bringt. Käufer: ausgerechnet die „grüne“ Eon, die mit Kohle und Gas eigentlich nichts zu tun haben soll. Rund eine Milliarde Euro überwies Eon an Uniper. Die zehnstellige Finanzspritze kommunizierten die Unternehmen jedoch nicht, sondern versteckten sie im 188 Seiten starken Spaltungsbericht. Womöglich, weil es Eon schwerfallen würde, den Deal zu erklären. Strategisch ergibt er keinen Sinn, und Teyssen hatte bei der Bekanntgabe der Aufspaltung sehr klar angekündigt, dass Nordstream Uniper zugeschlagen wird.
30

Nun heißt es bei Eon offiziell: Die Finanzbeteiligung passe zu Eon, weil der Konzern seine Pensionsverpflichtungen damit hinterlegen könne. Schließlich fielen dort ver-
35 lässliche Einnahmen an. Tatsächlich überwies die Betreibergesellschaft von Nordstream in den vergangenen beiden Jahren je 56 Millionen Euro. Einnahmen, die auch Uniper gut gebrauchen könnte. Denn im Kerngeschäft brechen die Gewinne im Rekordtempo weg, weil die konventionellen Kraftwerke von Wind- und Solarenergie aus dem Markt gedrängt werden. Die gegenwärtige Finanzspritze aber hat Uniper-Chef
40 Klaus Schäfer offenbar nötiger als künftige Einnahmen. Hinter vorgehaltener Hand wird bei Eon eingeräumt: „Natürlich geht es auch darum, Uniper mit einer soliden Finanzstruktur auszustatten.“

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 090, 11.05.2016, 1

Uniper

Ergebnis nach Steuern in Mrd. €



Handelsblatt

Quelle: Unternehmen

Handelsblatt Nr. 090 vom 11.05.2016

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Eon: Kernspaltung mit hohem Risiko

Uniper-Chef Klaus Schäfer hat eine harte Sanierung vor sich. Der große Rivale RWE stichelt schon gegen Eon.

5

Der Plan, den Eon-Chef Johannes Teysen vor anderthalb Jahren verkündete, war ebenso überraschend wie radikal. Deutschlands größter Energiekonzern sollte sich endlich der Energiewende verschreiben - und zwar total. Die Eon SE sollte sich in der Stromproduktion auf die erneuerbaren Energien konzentrieren. Den rund 30 Millionen Kunden versprach Teysen neue Produkte und Dienstleistungen. Um die alte Energiewelt sollte sich künftig ein neues Unternehmen kümmern, das ein halbes Jahr später den Namen Uniper bekam. Dessen Aufgabengebiet umschrieb Teysen so: „Die neue Gesellschaft konzentriert sich auf konventionelle Erzeugung, globalen Energiehandel und Exploration & Produktion.“ Und er hielt unmissverständlich fest: Dazu

10
15

gehöre die Beteiligung „an der Nordstream-Pipeline“.

Die radikale Trennung und klare Fokussierung war von Anfang an der Kern der Strategie. Inzwischen musste Teysen sie aber mehrfach verwässern. Im Herbst entschied Eon, die Verantwortung für die Abwicklung der deutschen Kernkraftwerke doch nicht an Uniper abzuschieben, sondern selbst zu behalten. Teysen wurde zu dieser Kehrtwende faktisch von der Bundesregierung gezwungen. Die hatte ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem die Haftung ohnehin bei Eon geblieben wäre. Und jetzt ist auch die Beteiligung an Nordstream doch noch bei Eon gelandet. Offiziell begründet dies der Konzern damit, die Einnahmen könne er gut gebrauchen, um die Pensionsverpflichtungen abzudecken. Allerdings hat Eon schon genügend regionale Verteilnetze im Portfolio, die stabile Renditen liefern. Und die Beteiligung am Bau der zweiten Nordstream-Pipeline, die 2019 in Betrieb gehen soll, verbleibt bei Uniper. Deren Chef Klaus Schäfer war erst Anfang März in Zürich am Sitz der Betreibergesellschaft, um mit Gazprom-Chef Alexej Miller und den anderen Partnern das weitere Vorgehen zu besprechen.

20
25
30

Die Transaktion zwischen Eon und Uniper ist offenbar aus der Not geboren. Uniper braucht die eine Milliarde Euro dringend, denn die Startbedingungen für das neue Unternehmen haben sich dramatisch verschlechtert. Als Teysen die Aufspaltung verkündete, war die Lage schon schwierig. Weil der Markt mit Solar- und Windstrom geflutet wurde, wurden die konventionellen Kraftwerke zunehmend aus dem Markt gedrängt. Von 2011, als die Energiewende nach der Fukushima-Katastrophe forciert wurde, bis Ende 2014 waren die Strompreise im Großhandel schon von gut 50 Euro auf rund 32 Euro je Megawattstunde abgestürzt. Gaskraftwerke rechneten sich damals kaum mehr und Steinkohlekraftwerke immer weniger. Jetzt ist die Situation geradezu katastrophal. Die Megawattstunde am Terminmarkt kostet weniger als 24 Euro. Damit können selbst Braunkohle- und Atomkraftwerke kaum noch rentabel arbeiten. Und es besteht keine Aussicht auf rasche Besserung: Auch für 2017, 2018 und 2019 notieren die Preise auf diesem Niveau. Teysen räumte schon im März bei der Bilanz-Pressekonferenz ein, dass sich das „wirtschaftliche Umfeld im Allgemeinen“ und „die Rahmenbedingungen der Branche“ seit der Kommunikation der Strategie „deutlich verschlechtert“ hätten: „Der Weg wird härter und länger als erwartet“, sagte er.

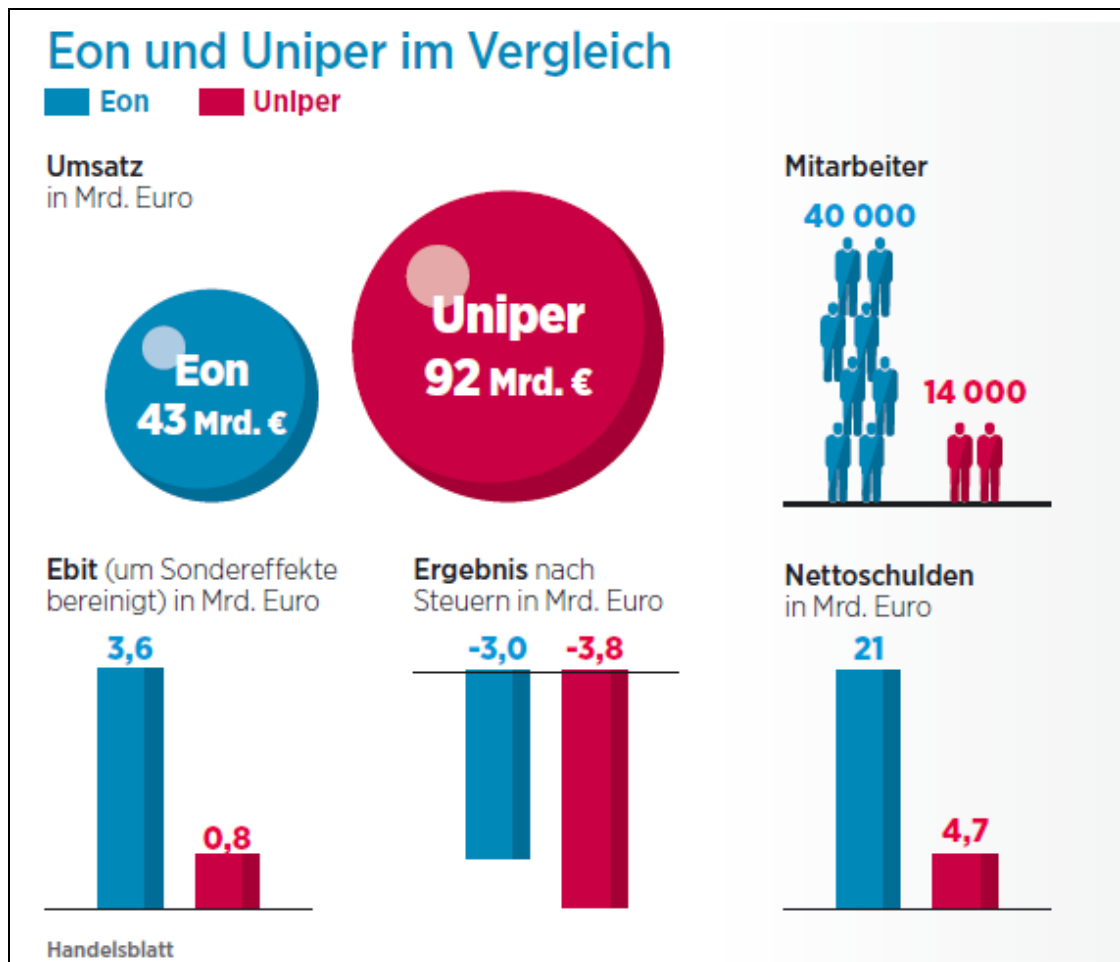
35
40
45

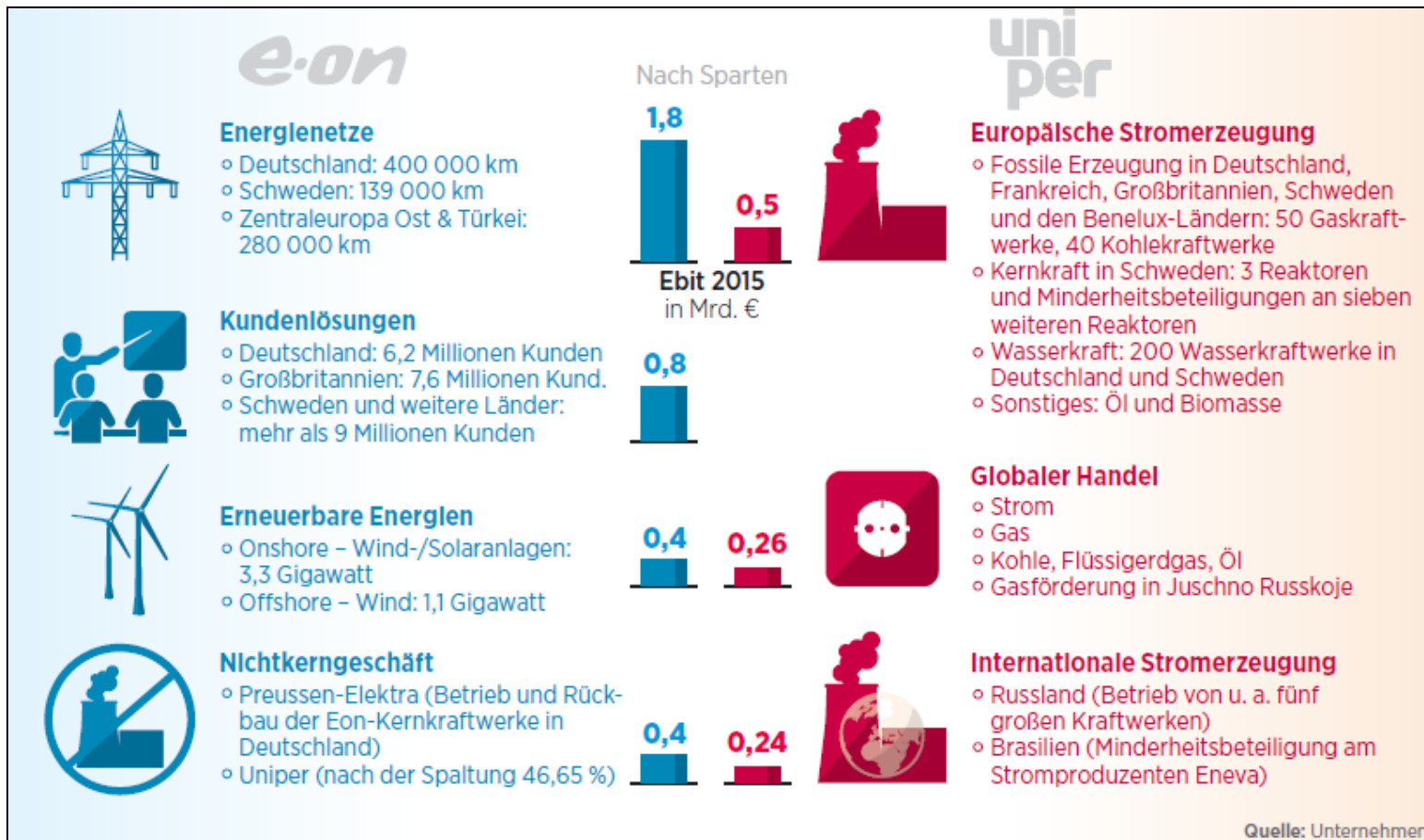
Das gilt vor allem für Management und Mitarbeiter von Uniper. Als Vorstandschef Schäfer Ende April sein Unternehmen erstmals den Analysten präsentierte, warb er vor allem mit einem Argument: Die großen Kraftwerke seien für die Versorgungssicherheit so wichtig, dass die Politik - speziell in Deutschland - die Rahmenbedingungen einfach verbessern müsse. Er setzt auf Kapazitätsmärkte, bei denen die Betreiber allein für das Bereithalten ihrer Kraftwerke zur Absicherung des Stromnetzes entlohnt werden. Schäfer ließ aber auch keinen Zweifel, dass Uniper eine harte Sanierung bevorsteht: „Der Vorstand wird mit Kostensenkungen und Veräußerungen den finanziellen Spielraum für die Spin-off-Phase und darüber hinaus konsequent sichern.“ Uniper wird die Investitionen drosseln und Stellen abbauen. Der Verkauf von Aktivitäten soll mindestens zwei Milliarden Euro einbringen - die eine Milliarde für Nordstream ist dabei gar nicht einberechnet.

Uniper erhielt am Dienstagabend das erste Rating. Standard & Poor's vergab die Note „BBB-“ für die langfristige Kreditwürdigkeit. Das ist die letzte Stufe für eine mittlere Bonität und unmittelbar vor der Einstufung als schlechter Schuldner. Aber auch Eon selbst muss wegen der schlechteren Rahmenbedingungen mit niedrigeren Cashflows kalkulieren als noch vor eineinhalb Jahren. Vor allem sind die Kernkraftwerke, die nun doch bei Eon bleiben, eine schwere Bürde. Vor zwei Wochen schlug eine von der Bundesregierung eingesetzte Atomkommission vor, die Verpflichtung für die Zwischen- und Endlagerung der Brennelemente einem öffentlich-rechtlichen Fonds zu übertragen. Die Konzerne sollen dafür gut 23 Milliarden Euro einbringen - das sind rund sechs Milliarden Euro mehr als Eon, RWE, Vattenfall und EnBW zurückgestellt haben. Eon ist nach Informationen aus Konzernkreisen aber im Gegensatz zur RWE inzwischen bereit, den Vorschlag zu akzeptieren. Eon sei „an einer baldigen und endgültigen Klärung des Themas in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auf Basis des Vorschlags“ der Kommission interessiert, sagte Teysen dem Handelsblatt. Er betonte aber gleichzeitig, „die enormen zusätzlichen Belastungen“ griffen „tief in die finanzielle Grundstruktur unseres Unternehmens ein“: „Eon wird deswegen Zukunftsinvestitionen verschieben, zusätzliche Kosteneinsparungen vornehmen und damit die Neuausrichtung verzögern müssen.“

Besonders bitter für Teysen: Der Eon-Chef muss sich inzwischen sogar von Konkurrent RWE Sticheleien gefallen lassen. Der hatte Ende 2015, ein Jahr später als Eon, auch eine Aufspaltung beschlossen. Der Rivale spaltet aber nicht das schwächelnde Kraftwerks-Geschäft ab, sondern die ertragreichen Bereiche Vertrieb, Netzen und erneuerbaren Energien. RWE sieht so bessere Chancen, neue Anleger anzulocken.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 090, 11.05.2016, 4





Investor setzt Eon unter Druck

Knight Vinke geht die Aufspaltung nicht weit genug: Der Konzern soll auch Strom- und Gasnetze verkaufen.

5
Wenn die Aktionäre von Eon am 8. Juni in der Essener Grugahalle
zusammenkommen, sollen sie eine - nicht nur für den Energiekonzern - historische
Entscheidung treffen. Vorstandschef Johannes Teyssen lässt die Aktionäre über die
Abspaltung der Stromerzeugung mit Kohle- und Gaskraftwerken abstimmen. Das war
10 jahrzehntelang immerhin das Kerngeschäft. Solch einen radikalen Strategiewechsel
hat bisher kaum ein deutscher Großkonzern gewagt.

Einem einflussreichen Investor geht aber selbst dieser Plan noch nicht weit genug.
Assetmanager Knight Vinke fordert Teyssen nach Informationen des Handelsblatts
15 schon auf, den nächsten großen Bereich abzuspalten: die regionalen Strom- und
Gasnetze. Das ist eine der drei Sparten, auf die Teyssen die neue Eon SE eigentlich
konzentrieren will. Übrig blieben nur die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien
und der Vertrieb. „Wir haben uns aktiv bemüht, Aufsichtsrat und Vorstand von Eon
davon zu überzeugen, dass eine Trennung vom regulierten Netzgeschäft sinnvoll ist“,
20 berichtete Gründer und Vorstandschef Eric Knight in einem Brief an seine Anleger.
Und Knight lässt keinen Zweifel, dass er dabei nicht lockerlassen will. Die geplante
Abspaltung der alten Kraftwerke sei „ein sehr ermutigender erster Schritt“.

Eon wollte das Engagement des Investors nicht kommentieren. Teyssen sollte es aber
25 ernst nehmen. Knight Vinke tritt zwar nicht ganz so lautstark auf wie andere
sogenannte „aktivistische Aktionäre“, die versuchen, aktiv Einfluss auf die
Geschäftspolitik zu nehmen. Volkswagen beispielsweise ist aktuell mit öffentlichen
Forderungen des Hedgefonds TCI konfrontiert, unter anderem 30 000 Stellen
abzubauen. Knight Vinke ist jedoch ebenfalls für seine Hartnäckigkeit und Ausdauer
30 bekannt. Das Unternehmen hatte schon den italienischen Ölkonzern Eni jahrelang
gedrängt, den Pipelinebetreiber Snam zu verkaufen - was Eni letztlich auch machte.
Beim französischen Elektronikhändler Darty erkämpfte sich Knight Vinke sogar einen
Sitz im Aufsichtsrat. Der Investor begleitete den geforderten Rückzug aus dem
Ausland und drängte auf eine Fusion mit einer anderen Handelskette. In den
35 vergangenen Jahren machte Knight Vinke vor allem mit dem Engagement bei der
Schweizer Bank UBS Schlagzeilen. Der Investor forderte die UBS-Führung auf, das
Investmentbanking zu verkaufen und sich auf die Vermögensverwaltung zu
konzentrieren. Mit diesem Vorstoß scheiterte Knight Vinke aber und stieg Ende 2015
aus.

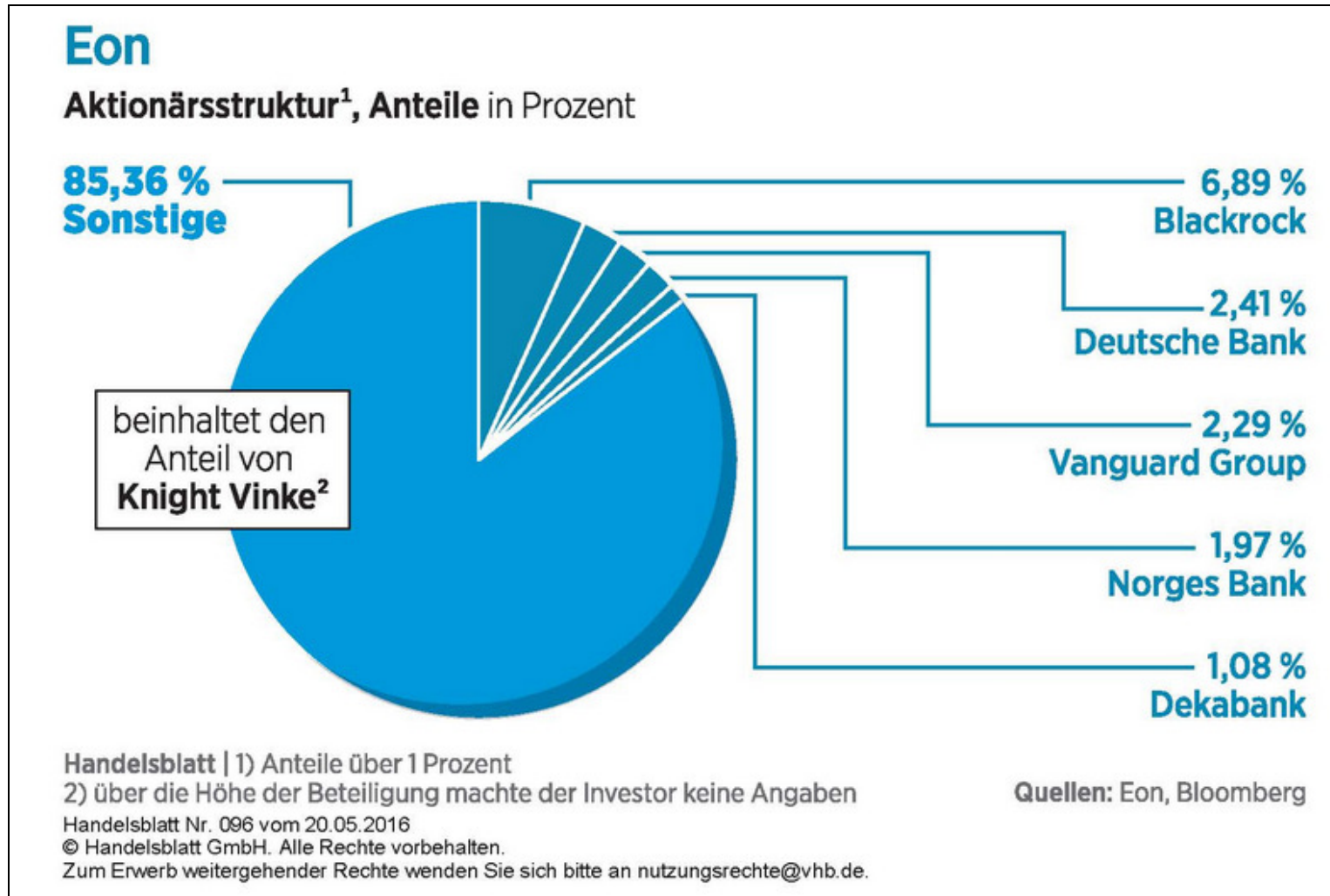
40
Jetzt steht der deutsche Energiekonzern im Fokus, wie CEO Knight klarstellte: „Wir
konzentrieren uns derzeit auf unsere Beteiligung an Eon, einem der größten Gas- und
Stromversorger weltweit.“ Knight Vinke war im Jahr 2014 bei Eon eingestiegen,
bevor Teyssen seine neue Strategie verkündet hatte. Noch hat der Investor die
45 Schwelle von drei Prozent nicht überschritten, bei der ein Engagement zum ersten Mal
beifiziert werden muss. Im Umfeld von Knight Vinke hieß es aber, die Beteiligung sei
langfristig ausgelegt und werden „sukzessive“ ausgebaut.

50 Teyssen dürfte wenig Verständnis für den Verkauf des Netzgeschäfts haben. Es ist in
seinen Augen integraler Bestandteil der neuen Eon. Während der Energiekonzern die
konventionelle Stromerzeugung, den Großhandel und die Gasproduktion in das neue
Unternehmen Uniper abspaltet, soll sich die Eon SE auf das Geschäft mit der
Energiewende konzentrieren. Eon soll den Strom künftig nur noch sauber, also mit
55 erneuerbaren Energien, produzieren, und den rund 30 Millionen Kunden neue
Produkte und Dienstleistungen bieten. Die Stromnetze sollen mit dem Internet
verschmelzen und so neue Geschäfte ermöglichen. Eon betreibt Leitungen mit einer
Länge von 835 000 Kilometern in Deutschland, Schweden, Osteuropa und der Türkei.

60 Vor allem liefert die Sparte solide Gewinne ab. Diese sind zwar gedeckelt, weil der
Betrieb der Netze von den Regulierungsbehörden kontrolliert wird, sie sind aber durch
die Regulierung auch verlässlich. Im vergangenen Jahr lieferten die Netze ein
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) von 1,8 Milliarden Euro ab. In der neuen
Struktur hätten sie damit die Hälfte des Ergebnisses beigesteuert. Strom- und Gasnetze
sind deshalb auch bei Finanzinvestoren beliebt.

65 Das sieht auch Knight Vinke. Eon, so die Argumentation, könnte durch einen Verkauf
einen hohen Erlös erzielen. Wegen der Regulierung seien die Synergien mit den
anderen Bereichen dagegen gering. „Regulierte Infrastrukturunternehmen werden viel
höher bewertet, wenn sie selbstständig sind, als wenn sie zu einem Konglomerat
70 gehören“, erklärt Eric Knight.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 096, 20.05.2016, 16



Förderung von Ökostrom: Gegen den Wind

Bund und Länder wollen einen Schlusstrich unter die bisherige Förderung von Ökostrom ziehen.

5

Wer heute eine Photovoltaikanlage auf einen Acker stellt, dem garantiert das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für 20 Jahre eine Vergütung von knapp neun Cent je produzierter Kilowattstunde Strom. Im Vergleich zum Großhandelspreis für Strom, der derzeit bei 2,4 Cent liegt, ist das viel Geld. Dabei geht es auch günstiger:
10 Die Bundesnetzagentur hat kürzlich in einem Pilotverfahren per Ausschreibung Bieter für Solarparks gesucht. Und siehe da: Der günstigste Bieter gab sich mit einer Vergütung von 6,94 Cent zufrieden.

Es ist also noch viel Luft im System. Das Ausschreibungsverfahren soll deshalb mit
15 der laufenden EEG-Reform zum Standard erhoben werden - für Wind, Sonne und Biomasse. Am heutigen Donnerstag will Kanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und den Ministerpräsidenten der Länder die Weichen für diese grundlegende Änderung der Förderung stellen. Beschließen soll das Kabinett sie am 25. Mai. Gemeinsames Ziel ist es, die Förderung effizienter zu
20 machen. Es geht um viel Geld: Die EEG-Ausgaben summieren sich auf Werte von über 20 Milliarden Euro pro Jahr, Tendenz steigend.

Die Branche fürchtet um ihre Pfründen. Seit Tagen ziehen Windradbauer, Solar- und Biogasbranche, Projektentwickler und Zulieferer alle Register der Protestmaschinerie:
25 Am Dienstag demonstrierten sie in den Landeshauptstädten, für den 25. Mai sind symbolische Betriebsschließungen angekündigt, am 2. Juni folgt eine Großdemo in Berlin.

Doch die Vorzeichen stehen schlecht für die Branche. Selbst Freunde und Förderer
30 der erneuerbaren Energien wie Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake sagen heute, es sei „Speck im System“, der abgebaut werden müsse. Der Stimmungswandel ist auch in der Bevölkerung zu verzeichnen.

Anderthalb Jahrzehnte hatte noch jede Bundesregierung den stetigen Anstieg der
35 Kosten für die Förderung des Ökostroms klaglos hingenommen. Mit allenfalls kosmetischen Korrekturen ließ sich der dramatische Kostenanstieg nicht aufhalten. Auch die EEG-Reform 2014 konnte die Entwicklung nicht bremsen, im Gegenteil: In den Jahren 2014 und 2015 gingen in Deutschland mehr Windräder ans Netz als je zuvor.

40

Jetzt also die Notbremsung. Sie erfolgt auch auf Druck der EU-Kommission, die das derzeitige Förderregime kritisch sieht und die Umstellung auf Ausschreibungen seit Jahren fordert.

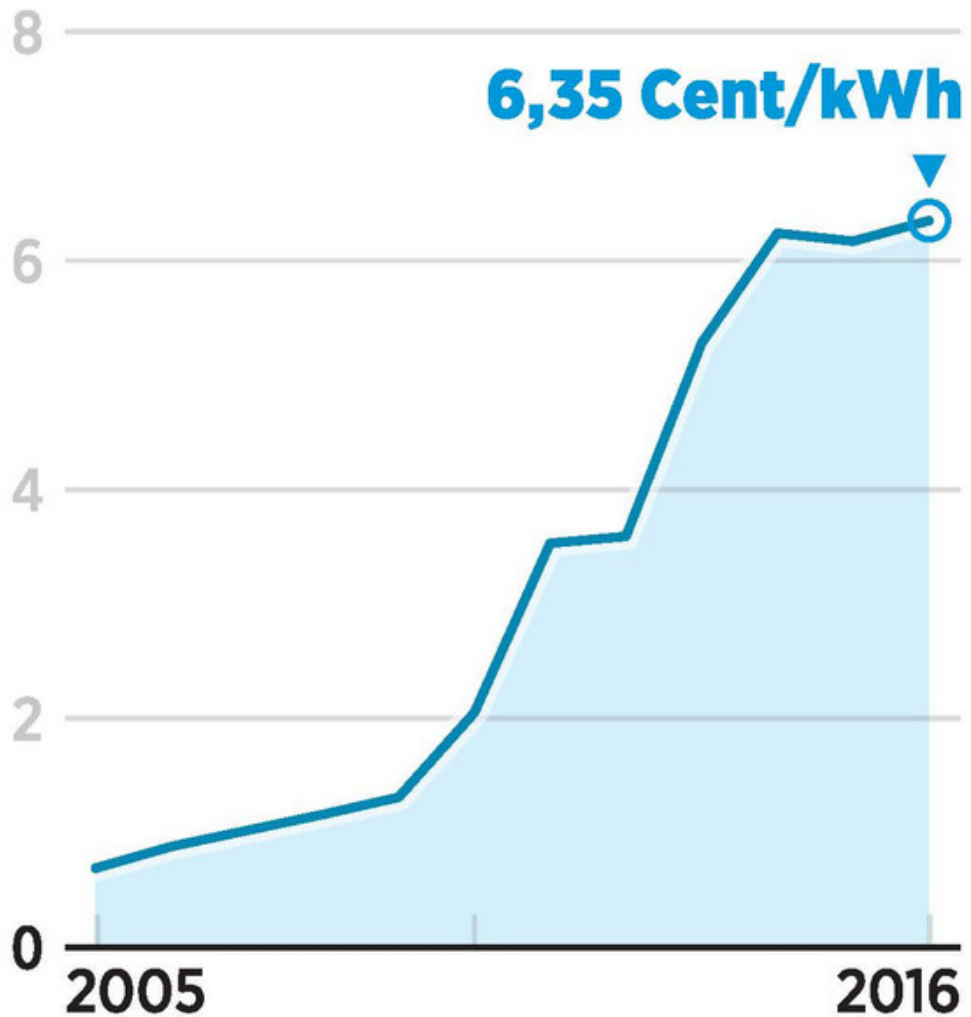
45 Bei dem Treffen Merkels und Gabriels mit den Länderchefs wird es auch um die Frage gehen, welchen Zuwachs man den Erneuerbaren Jahr für Jahr zubilligen will. Das bisherige System kennt keine wirksamen Möglichkeiten zur Begrenzung. Deshalb übertrifft der tatsächliche Ausbau regelmäßig die Prognosen.

- 50 Künftig jedoch wird man nur noch exakt die gewünschten Mengen ausschreiben. Für die Windkraft an Land sollen es 2 500 Megawatt (MW) pro Jahr sein. Das entspricht der Leistung von drei Kohlekraftwerksblöcken. Nach den Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums sind die 2 500 MW ein Bruttowert. Die Branche will dagegen wenigstens die Anlagen herausrechnen, die alte Windräder ersetzen.
- 55 Insgesamt sieht sie das Ausschreibungsmodell ohnehin kritisch: Die Politik greife zum falschen Instrument und nehme ein abruptes Ende der Energiewende in Kauf. In Regierungskreisen heißt es aber, die Obergrenze für die Windkraft an Land stelle eine „Kernfrage“ für den Systemwechsel dar. Auch bei der Begrenzung der Biomasse auf jährlich 100 Megawatt sehe man „wenig Bewegungsfreiheit“, da es sich um eine sehr
- 60 teure Technologie handele.
- In einem achtseitigen Beschlussvorschlag des Bundes für das Treffen mit den Ländern, der dem Handelsblatt vorliegt, wird außerdem eine bessere Verzahnung des Erneuerbaren-Ausbaus mit dem Ausbau der Stromnetze angemahnt. Der Vorschlag
- 65 folgt einer Empfehlung der Übertragungsnetzbetreiber. Die besondere Ausgleichsregelung zur Entlastung großer Stromverbraucher soll unverändert bleiben, heißt es in dem Beschlussvorschlag.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 091, 12.05.2016, 6

Aufpreis für Ökostrom

EEG-Umlage in Cent je
Kilowattstunde



Handelsblatt

Quellen: VEA, BDEW

Handelsblatt Nr. 091 vom 12.05.2016
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Der Fluch der Ökosubventionen

Gebundet von üppigen Förderungen, vernachlässigt die Windkraftindustrie Innovationen. Ein Fehler, der die Solarbranche ruinierte.

5

Zuerst waren es höfliche Bitten, dann eindringliche Appelle, jetzt ist es ein Sturm der Entrüstung: Die Windenergiebranche kämpft gegen die geplanten Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es drohe der „energiepolitische Stillstand“, wütet Hermann Albers.

10

Der Präsident des Bundesverbands Windenergie sieht Tausende Arbeitsplätze „massiv gefährdet“. Was den Oberlobbyisten der Branche so empört, ist der Versuch der Bundesregierung, die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien in den Griff zu bekommen. „Deutschland läuft Gefahr, nach der Fotovoltaik auch die erfolgreiche Position in der Windenergie leichtfertig aus der Hand zu geben“, fürchtet Albers.

15

Dabei könnte genau das Gegenteil eintreten: Das Ende der hohen Subventionen dürfte die Windbranche vor einem Schicksal wie jenem der Solarbranche, in der 90 000 Jobs verloren gingen, bewahren. Denn der staatliche Geldregen hat viele Windkraftunternehmen träge werden lassen. „In Zeiten üppiger Förderung sind in der europäischen Windindustrie Innovationen zu kurz gekommen“, schreiben Roland-Berger-Berater in einer Marktanalyse. Und weiter: „Dabei ist die Lektion der Solarindustrie, dass Anpassungs- und Innovationsfähigkeit im globalen Wettbewerb überlebenswichtig sind.“

20

25

Zuletzt sind aber die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei europäischen Turbinenherstellern wie Vestas, Nordex oder Gamesa auf ein Niveau von teils weniger als zwei Prozent in Relation zum Umsatz abgerutscht. Um im Preiskampf gegen die Konkurrenz aus China zu überleben, reicht das langfristig nicht.

30

„Europäische Hersteller müssen sich vor allem durch Innovationen und hohe Qualität abheben, um Kostennachteile kompensieren zu können“, mahnt Justus Haucap. Der Düsseldorfer Wettbewerbsökonom ist überzeugt: „Die Innovationsfreudigkeit der Firmen wird durch Förderungen nicht gerade gestärkt.“ Schließlich gibt es - solange die Förderquellen sprudeln - für Unternehmen kaum einen Anreiz, die Kosten zu reduzieren. Im Gegenteil. Wie absurd hoch die Subventionen sind, zeigt die Tatsache, dass Windparkbetreiber bereit sind, in Spitzenlagen Pachtpreise von mehr als 100 000 Euro pro Jahr und Windradstandort zu akzeptieren.

35

40

Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 091, 12.05.2016, 6

Bund und Länder streiten über erneuerbare Energien

Wirtschaftsministerium warnt vor weiterem Anstieg der EEG-Umlage und vor höheren Netzentgelten.

5

Das Bundeswirtschaftsministerium stimmt die Stromverbraucher auf steigende Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien ein. Ein Anstieg der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im kommenden Jahr sei „wahrscheinlich“, heißt es in einem 30 Seiten umfassenden Papier, in dem das Ministerium Fragen der Bundesländer zur geplanten EEG-Reform beantwortet. Spielräume „für weitere kostensteigernde Beschlüsse“ bei der EEG-Reform gebe es daher nicht.

Das Ministerium will damit mäßigend auf einige Länder einwirken, die sich einen stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien wünschen und entsprechende Änderungen des EEG im laufenden Gesetzgebungsverfahren durchsetzen wollen.

Die EEG-Umlage ist in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen. Noch 2008 betrug sie 1,12 Cent je Kilowattstunde Strom. Heute beläuft sie sich auf 6,354 Cent. Die Umlage summiert sich mittlerweile auf einen Betrag von deutlich mehr als 20 Milliarden Euro pro Jahr. Getragen wird sie von allen Stromverbrauchern, Ausnahmen gibt es für Großverbraucher aus der Industrie.

Außerdem weist das Ministerium in dem Papier darauf hin, dass die Kosten für die Einspeisung des Stroms aus erneuerbaren Quellen beim Betrieb der Stromnetze „in den kommenden Jahren stark ansteigen“ könnten. 2015 beliefen sie sich bereits auf 1,1 Milliarden Euro. Sie fallen an, weil die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen volatil ist und der Aufwand für die Netzsteuerung damit höher wird. Auch diese Kosten werden auf die Stromverbraucher umgelegt.

Bund und Länder streiten seit Wochen über die EEG-Reform. Einige Länder reiben sich an dem Plan des Bundes, den Ausbau der Windenergie an Land auf jährlich 2,5 Gigawatt brutto zu begrenzen. Bei einem Treffen von Regierungsvertretern mit den Staatskanzleichefs der Länder am Freitag gab es nach Informationen des Handelsblatts aus Verhandlungskreisen in den strittigen Fragen keine Annäherung.

35

Auch in der Regierungskoalition gibt es Streit. So drängen Teile der Unionsfraktion darauf, den Ausbau der Erneuerbaren dort zu bremsen, wo der Strom zeitweise nicht mehr ins Netz eingespeist werden kann, weil die Netzkapazitäten nicht mehr ausreichen.

40

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 097, 23.05.2016, 6

Schub für Energieeffizienz

Gabriel startet große Kampagne.

5 Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will in den nächsten fünf Jahren gut
17 Milliarden Euro für die Förderung der Energieeffizienz ausgeben. Seine am
Donnerstag vorgestellte „Energieeffizienz-Offensive“ fasst allerdings zum größten
Teil Programme und Maßnahmen zusammen, die es bereits seit Jahren gibt. Hinzu
kommen vier neue Programme, die sich in erster Linie an Unternehmen wenden. So
10 sollen beispielsweise effiziente Pumpen in der Industrie gefördert werden.

Größte Bestandteile der Offensive sind das seit Jahren bewährte KfW-
Kreditprogramm zur energetischen Gebäudesanierung sowie das
Marktanreizprogramm (MAP), mit dem der Einbau von Solarthermieanlagen,
15 Biomasseheizungen und Wärmepumpen bezuschusst wird. Zudem will Gabriel eine
umfassende Informationskampagne starten - die ist offensichtlich dringend notwendig.
Denn bislang schöpfen Unternehmen und Privatleute bestehende Förderprogramme
oft nicht aus.

20 Politisch steht die Bundesregierung nach den Beschlüssen des Klimagipfels von Paris
unter Druck. Ohne einen effizienteren Einsatz von Energie lassen sich ehrgeizige
CO₂-Einsparungsziele nicht erreichen. Ziel ist es, den deutschen Energieverbrauch bis
2050 zu halbieren. Die eingesparte Hälfte würde rechnerisch dem heutigen
Energieverbrauch der drei Beneluxstaaten und Österreichs zusammen entsprechen.

25 „Es ist gut, dass die Bundesregierung jetzt breit für das Thema Energieeffizienz
Aufmerksamkeit schafft“, sagte Christian Noll von der Deutschen
Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) dem Handelsblatt. „Aber natürlich
werden bunte Plakate nicht ausreichen, um die Versäumnisse der letzten Jahre
30 aufzuholen.“

Auch die Opposition ist nicht zufrieden. „Beim Thema Energiesparen und
Energieeffizienz hinkt die Regierung ihren eigenen Zielen weit hinterher. Die
Kampagne des Wirtschaftsministeriums kommt daher reichlich spät“, sagte Julia
35 Verlinden, Sprecherin für Energiepolitik der Grünen.

Quelle: HB, Handelsblatt, Nr. 092, 13.05.2016, 13

Atomfonds: Im Kern gespalten

Anders als Eon lehnt RWE den geplanten Atomfonds ab - und ist isoliert.

5 Es kommt nicht oft vor, dass sich die Energiekonzerne auf eine gemeinsame Linie einigen können. Deshalb war die Presseerklärung bemerkenswert, die die Atomkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall vor zwei Wochen verschickten. Mit deutlichen Worten lehnten sie den Vorschlag ab, den am selben Tag die Atomkommission zur Finanzierung des Atomausstiegs unterbreitet hatte. Die
10 Unternehmen sahen sich unisono in ihrer „wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ gefährdet.

Die Phalanx hielt aber nicht lange. Am Dienstag scherte Eon-Chef Johannes Teysen als Erster aus und deutete an, den Vorschlag letztlich zu akzeptieren. In Kreisen von
15 EnBW und Vattenfall heißt es auch schon, an dem Konzept sei kaum noch zu rütteln. RWE dagegen bleibt hart - und ist isoliert.

„Die Kommissionsvorschläge sind für uns nicht akzeptabel“, sagte Finanzvorstand Bernhard Günther am Donnerstag bei der Vorlage der Quartalsbilanz: „Die
20 Kommission geht mit ihren Empfehlungen über das wirtschaftlich Verantwortbare hinaus.“

Die Bundesregierung hatte im Herbst Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaft und Kirche in eine Kommission berufen, die einen Vorschlag für die Finanzierung des
25 Atomausstiegs unterbreiten sollte. Vor zwei Wochen legte die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) ihr Konzept vor.

Danach sollen die Konzerne weiter für den Rückbau der Reaktoren zuständig bleiben. Die Verantwortung für die Zwischen- und Endlagerung der Brennelemente soll
30 dagegen ein öffentlich-rechtlicher Fonds übernehmen. Die Atomkonzerne sollen dafür 23,3 Milliarden Euro einbringen. Das sind sechs Milliarden Euro mehr als die gut 17 Milliarden, die sie dafür zurückgestellt haben. Der Risikozuschlag soll etwaige Kostensteigerungen abfangen. Im Gegenzug sind die Konzerne von der weiteren Haftung freigestellt. Bislang ist es nur ein Vorschlag. Es gilt aber als wahrscheinlich,
35 dass die Bundesregierung ihm folgt.

Für die ohnehin angeschlagenen Konzerne wäre die Zusatzbelastung nur schwer zu verkraften. RWE müsste Rückstellungen in Höhe von fünf Milliarden Euro liquide machen und schätzt den Risikozuschlag auf 1,7 Milliarden Euro. Bei Eon wären es
40 rund acht Milliarden Euro plus zwei Milliarden Euro.

Eon-Chef Teysen zeigte sich am Dienstag im Gespräch mit dem Handelsblatt trotzdem kompromissbereit: „Eon ist - besonders im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses zum Ausstieg aus der Kernenergie - an einer
45 baldigen und endgültigen Klärung des Themas in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auf Basis des Vorschlags der KFK interessiert.“ In Kreisen des Unternehmens hieß es ergänzend: „Der Konzern wird die Kröte notfalls schlucken.“

50 RWE-Finanzvorstand Günther wollte die Kehrtwende des Konkurrenten nicht kommentieren, bekräftigte aber: „Wir bleiben bei unserer Position.“

RWE scheint wirklich an der Grenze der Leistungsfähigkeit zu sein. Der Konzern steigerte im ersten Quartal zwar überraschend das Betriebsergebnis um sieben Prozent auf 1,7 Milliarden Euro. Das lag aber nur an einem Sondereffekt im Energiehandel.
55 Im Kerngeschäft, der Stromproduktion mit Atomkraft, Kohle und Gas, sackte das Betriebsergebnis um 20 Prozent ab. Das Nettoergebnis brach um 59 Prozent auf 879 Millionen Euro ein. Die Nettoschulden stiegen um elf Prozent auf fast 28 Milliarden Euro.

60 Die Vorschläge der KFK seien „überfordernd“, sagte Günther: „Sie verkennen die tatsächliche ökonomische Lage des Konzerns.“

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 092, 13.05.2016, 23

Bonität von RWE sinkt fast auf Ramsch-Niveau

Wegen des geplanten Atomfonds senkt Moody's das Rating.

5 Erst vor zwei Wochen stellte RWE-Finanzvorstand Bernhard Günther klar, wie
wichtig für den Energiekonzern ein gutes Rating ist. „Kurzfristig lebt unser
Unternehmen nicht vom Aktienkurs, sondern vom Zugang zum Kapitalmarkt“, sagte
Günther. „Das Rating ist essenzieller für uns.“ Der Finanzmanager ahnte wohl schon
10 Schlimmes. Die großen Ratingagenturen hatten die Bonität des Konzerns seit Februar
auf die Prüfliste genommen.

Und jetzt hat es Deutschlands zweitgrößten Energiekonzern tatsächlich erwischt. Am
Wochenende senkte Moody's die Einstufung für die langfristigen Verbindlichkeiten
ab. Moody's begründete dies unter anderem mit dem geplanten Atomfonds zur
15 Finanzierung der Brennelemente-Entsorgung, in den RWE vermutlich fast sieben
Milliarden Euro einbringen muss.

Das Rating sank von Baa2 auf Baa3. Das ist auf der Skala von Moody's nur noch die
zehnte Stufe und die letzte für eine mittlere Bonität. Die nächste Stufe würde RWE
20 den „Junk“-Status einbringen - und RWEs Anlagen als hochspekulativ ausweisen.
Durch die Abstufung wird es für den Energiekonzern noch teurer, sich am
Kapitalmarkt Geld zu besorgen. Besonders bitter für RWE: Konkurrent Eon wurde
zeitgleich überprüft, behielt aber das Baa1-Rating. Der Rivale steht damit zwei Stufen
über RWE.

25 Vor gut fünf Jahren hatte RWE noch ein solides A2-Rating für gute Schuldner. Seit
der Reaktorkatastrophe von Fukushima verlor der Energiekonzern aber zunehmend
seine Kreditwürdigkeit und hat jetzt schon vier Stufen eingebüßt.

30 Der Konzern ist zum einen hoch verschuldet. Ende des ersten Quartals summierten
sich die Nettoschulden auf knapp 28 Milliarden Euro - noch einmal elf Prozent mehr
als zum Jahresende. Vor allem aber sind dem Energiekonzern in den vergangenen
Jahren die Gewinne weggebrochen, weil die großen Kohle- und Gaskraftwerke durch
die erneuerbaren Energien aus dem Markt gedrängt werden.

35 Moody's verwies bei der Abstufung auf die Großhandelspreise für Strom. Aktuell
kostet eine Megawattstunde weniger als 24 Euro. Vor Fukushima waren es noch
deutlich mehr als 50 Euro gewesen. Moody's rechnet deshalb weiter mit Druck auf die
Cashflows in der Stromproduktion.

40 Gleichzeitig rechnen die Ratingexperten aber auch mit Belastungen durch den
geplanten Atomfonds. Vor drei Wochen hatte die von der Bundesregierung
eingesetzte Atomkommission vorgeschlagen, die Zwischen- und Endlagerung von
Atom Müll einem öffentlich-rechtlichen Fonds zu übertragen. Die vier Atomkonzerne
45 Eon, RWE, EnBW und Vattenfall sollen dafür gut 23 Milliarden Euro einbringen; das
sind sechs Milliarden Euro mehr, als die Konzerne dafür zurückgestellt haben.

50 RWE müsste fünf Milliarden Euro an Rückstellungen auflösen und 1,7 Milliarden Euro an Zuschlag einbringen. Auch bei Eon sieht Moody's das Risiko durch den Atomfonds. Bei Deutschlands größtem Energiekonzern wertete die Ratingagentur aber die geplante Abspaltung der Kraftwerksgesellschaft Uniper positiv. Dadurch sei Eon nicht mehr so sehr von den schwachen Großhandelspreisen betroffen. Allerdings behält sich Moody's auch bei Eon eine Abstufung vor.

55 *Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 093, 17.05.2016, 19*

Eurpäische Union: Frisches Geld für die Atomkraft

Die EU-Kommission polarisiert mit ihren Ideen zur Förderung der europäischen Nuklearforschung.

5 Als „bizarre Mischung aus Illusion und Propaganda“ hatte erst jüngst die Fraktionschefin der europäischen Grünen, Rebecca Harms, die Nuklearstrategie der EU-Kommission bezeichnet. Am Dienstag nun verabreichte Brüssel Europas Atomkraftgegnern erneut eine bittere Pille. Einem Diskussionspapier zufolge soll die
10 EU ihre technologische Vorherrschaft im Nuklearsektor mit dem Einsatz von EU-Forschungsgeldern verteidigen und beim Bau innovativer Reaktoren europaweit enger zusammenarbeiten. Dazu ließe sich auch der Europäische Fonds für strategische Investments (EFSI) anzapfen.

15 Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) kritisierte den Vorstoß in Brüssel als „falschen Weg.“ Es sei „schon absurd, darüber nachzudenken, wie man eine der ältesten Technologien, die wir zur Energieerzeugung in Europa nutzen, erneut mit Subventionen ausstatten will“, betonte Gabriel. Das Kommissionspapier sei nicht unter dem Zutun von Deutschland entstanden. Wenn sich Europa auf die Förderung
20 von Energieproduktionen verständigen wolle, dann bitte schön für nachhaltige, sichere und das Klima schonende.

Tatsächlich kommt die Europäische Union nach Ansicht der Kommission auf
25 absehbare Zeit nicht um die Nutzung von Nuklearenergie herum. Und das hat mehrere Gründe: Zum einen ist da der wachsende Stromverbrauch. Zum anderen haben sich die 28 Mitgliedstaaten darauf geeinigt, ihre Abhängigkeit von Gas aus Russland zu verringern. Darüber hinaus muss die EU ihre Klimaziele erreichen und dazu den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ deutlich verringern; im Gegensatz zu Kohle- und Gaskraftwerken arbeiten Atomkraftwerke nahezu CO₂-neutral.

30 Will Brüssel also den Bau von Reaktoren offensiv vorantreiben? Die Behörde weist dies energisch zurück. „Die Kommission ist neutral. Der Energiemix ist allein Sache der Mitgliedsländer. Es geht darum, Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie zu koordinieren und die Prioritäten für die kommenden Jahre zu definieren“,
35 heißt es. Der zumindest in Teilen öffentlich gewordene und dem Handelsblatt vorliegende Expertenbericht, der sich auch mit regenerativen Energien und der Stromspeicherung befasst, schaffe lediglich die Diskussionsgrundlage für ein Treffen von Experten aus Politik, Forschungseinrichtungen und Industrie in der kommenden Woche.

40 Erst jüngst hatte die Kommission eine Bestandsaufnahme zur Nuklearwirtschaft in der EU veröffentlicht. Demnach müssen Europas Energieversorger massiv in den Neubau von Atomkraftwerken investieren. Dafür seien bis zum Jahr 2050 etwa 450 bis 500 Milliarden Euro nötig. Bis 2050 sind laut Kommission zudem rund 90 Prozent der
45 altersschwachen Kapazitäten zu ersetzen. Schätzungen zufolge wird die Branche in den nächsten Jahrzehnten zusätzlich zu den Investitionen in neue Anlagen dafür 45 bis 50 Milliarden Euro investieren müssen, damit Altanlagen nicht vom Netz müssen.

50 Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kommen Forschung und Innovationskraft in dem Sektor eine maßgebliche Bedeutung zu. Auch deshalb will Brüssel bei der Entwicklung neuer Reaktortechnologien Tempo machen. Dabei schwebt Brüssel offenbar die Entwicklung kleiner und flexibler Mini-Meiler vor.

55 „Die Nutzung von Atomkraft ist in der EU eine Realität, ob es Kritikern passt oder nicht“, heißt es im Umfeld von Energiekommissar Miguel Arias Canete. Es sei deshalb die Aufgabe der Kommission, für die größtmögliche Sicherheit zu sorgen und die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, für die Sicherheit entsprechende Grundlagen zu schaffen. EU-Staaten, die Atomenergie nicht nutzen möchten, sind laut
60 der Brüsseler Behörde nicht an Absichtserklärungen zur Forschung auf diesem Gebiet gebunden.

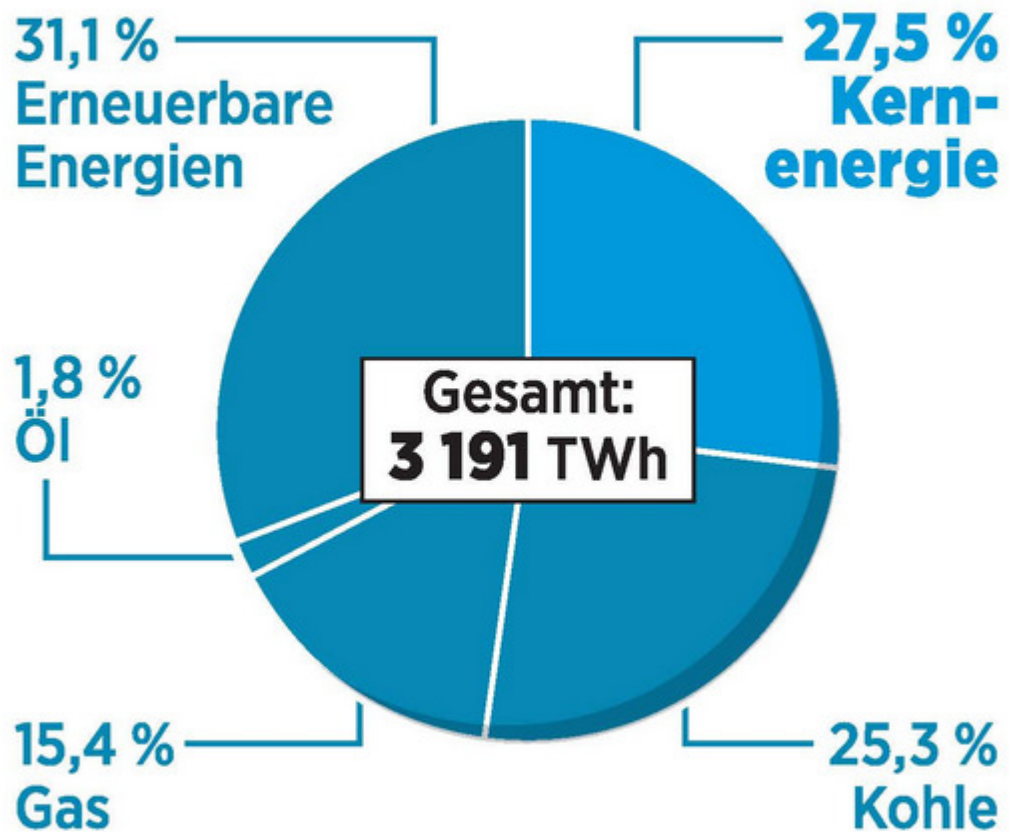
Derzeit sind in 14 EU-Staaten 131 Atomkraftwerke am Netz, sie sind im Schnitt 30 Jahre alt und liefern rund ein Drittel der in der EU benötigten Energie. Neue Meiler sind in Frankreich, Finnland, Ungarn, der Slowakei wie auch in Tschechien,
65 Bulgarien, Polen, Litauen sowie in Rumänien und Großbritannien geplant oder bereits in Bau. Die Kommission empfiehlt dazu eine engere Kooperation der nationalen Regulierungsbehörden bei der Lizenzierung. Bessere Absprachen und gemeinsame Standards könnten die Kosten reduzieren und gleichzeitig die Sicherheit verbessern: „Die EU finanziert aber nicht per se die Produktion von Atomstrom.“

70

Quelle: Ludwig, T., Handelsblatt, Nr. 094, 18.05.2016, 10

Wichtiges Standbein

Anteil der Energieträger an der Stromerzeugung 2014 in der EU28 in Prozent



TWh: Terrawattstunde; Rundungsdifferenzen

Handelsblatt

Quelle: EEA

Handelsblatt Nr. 094 vom 18.05.2016

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Vorbehalte gegen den Klimaschutzplan 2050

In den Ländern und der Industrie formiert sich Widerstand gegen nationale Alleingänge.

5

In den Bundesländern formiert sich Widerstand gegen den Klimaschutzplan 2050 von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Das belegt ein Antrag des brandenburgischen Wirtschaftsministeriums für die Wirtschaftsministerkonferenz am 8. und 9. Juni in Hamburg, der dem Handelsblatt vorliegt.

10

In dem Antrag, der von mehreren anderen Ländern unterstützt wird, heißt es, der bislang vorliegende Maßnahmenkatalog aus dem Bundesumweltministerium berge „hohe Risiken für den Wirtschaftsstandort“. Er müsse daher mit den betroffenen Verbänden und den Bundesländern abgestimmt werden, ehe das Bundeskabinett ihn beschließen könne. Sowohl die Wirtschaft als auch die Länder seien „bisher nicht ausreichend eingebunden“ worden. Der Plan enthalte eine Vielzahl „kritisch zu beurteilender Maßnahmenvorschläge“.

15

Der Klimaschutzplan 2050 soll den Weg zu einer treibhausgasneutralen Volkswirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts weisen. Alle Sektoren - ob Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie oder private Haushalte - sollen dazu beitragen, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen zu mindern. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft werde entscheidend von ihrer Fähigkeit abhängen, sich zu dekarbonisieren, heißt es in dem Entwurf, den Hendricks noch billigen muss. Der Klimaschutzplan soll vor der Sommerpause vom Bundeskabinett verabschiedet werden.

20

Doch die Vorbehalte sind groß. Wie die Länder fühlt sich auch die chemische Industrie in den Prozess unzureichend eingebunden. „So ein Prozess darf kein Wunschkonzert sein“, sagte Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der chemischen Industrie (VCI), dem Handelsblatt. Statt Wettbewerbsvorteilen fürchtet man eher Wettbewerbsnachteile, wenn Klimaschutz in erster Linie national und nicht global angegangen wird.

25

Im Ministerium versteht man die Aufregung nicht. „Diese Kritik geht an der Realität vorbei“, sagte eine Sprecherin. Die Erstellung des Klimaschutzplans sei „im Gegenteil beispielgebend“. Alle Länder sowie Kommunenvertreter und eine Vielzahl von Verbänden seien in dem mehrmonatigen Beteiligungsprozess über mehrere Runden dabei gewesen. Alle Zielgruppen hätten Gelegenheit gehabt, Vorschläge einzubringen und zu bewerten. Den Ländern werde darüber hinaus parallel zur Ressortabstimmung Gelegenheit gegeben, Stellung zu nehmen. Die Wirtschaft hatte allerdings schon vor Monaten kritisiert, sie sei bei dem Beteiligungsprozess unterrepräsentiert und das gesamte Beteiligungsverfahren verlaufe fragwürdig.

30

35

45 *Quelle: Kersting, S./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 096, 20.05.2016, 11*

Atom-Nachhaftung: Mit Vollgas in die Zeitfalle

Die Regierung tut sich schwer mit der Atom-Nachhaftung. Das könnte für den Steuerzahler teuer werden.

5

Der Termin ist seit Monaten bekannt: Am 8. Juni lädt Eon seine Aktionäre zur Hauptversammlung in die Essener Grugahalle. Alles spricht dafür, dass die Anteilseigner der vor anderthalb Jahren angekündigten Aufspaltung des Unternehmens zustimmen.

10

Bis zu diesem Termin hätte eigentlich auch die Nachhaftung der Kernkraftwerksbetreiber für die atomaren Altlasten neu geregelt sein sollen. Doch die Bundesregierung bleibt untätig und läuft damit in eine gefährliche Zeitfalle. Die Opposition warnt vor Milliardenrisiken für den Steuerzahler.

15

Der neue Eon-Konzern widmet sich den Zukunftsthemen der Energiewirtschaft und übernimmt zusätzlich - gewissermaßen als Altlast - die Kernkraftwerkssparte. Die abgespaltene Uniper SE fokussiert sich auf das Geschäft mit Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerken. Fünf Jahre nach der Aufspaltung kann Uniper nicht mehr für Eon in Mithaftung genommen werden. Mit anderen Worten: Wenn dann die Rückstellungen, die Eon für den Rückbau seiner Kernkraftwerke und für die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls gebildet hat, nicht ausreichen oder Eon das Geld nicht aufbringen kann, entsteht eine Haftungslücke.

25

Schon kurz nach der ersten Ankündigung von Eon-Chef Johannes Teysen Ende 2014, den Konzern aufspalten zu wollen, begannen die Überlegungen für das Nachhaftungsgesetz. Federführend ist das Bundeswirtschaftsministerium. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte noch Ende 2015 dafür plädiert, das Nachhaftungsgesetz schnell über die parlamentarischen Hürden zu bringen, um der Eon-Aufspaltung zuvorzukommen. „Wir müssen das Risiko vermeiden, dass der Staat und die Gesellschaft vor vollendete Tatsachen gestellt werden und nach kurzfristigen Umstrukturierungen für die Kosten der Kernenergie haften müssen“, hatte Gabriel Ende 2015 an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und CSU-Chef Horst Seehofer geschrieben.

35

Der Gesetzentwurf für das Nachhaftungsgesetz war bislang nur in der ersten Lesung im Bundestag. Zweite und dritte Lesung sowie Bundesratsbefassung stehen noch aus. Die Union setzte Ende 2015 durch, dass das Gesetz von der Tagesordnung gestrichen wurde. Die Unionsfraktion wollte die Ergebnisse der Atomkommission abwarten, die Empfehlungen für den Umgang mit den Atomrückstellungen der vier Atomkonzerne erarbeitet hat. Die Empfehlungen liegen seit Ende April vor.

40

45 Doch noch immer tut sich nichts. Weder beim Nachhaftungsgesetz noch bei der
Umsetzung der Empfehlungen der Kommission. Das Bundeswirtschaftsministerium
geht sehr offen mit dieser Tatsache um: Ein Zeitplan für die Umsetzung der Gesetze
zu Neuregelungen bei Rückbau und Entsorgung im Nuklearbereich „liegt derzeit noch
nicht vor“, heißt es in einer dem Handelsblatt vorliegenden Antwort von
Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten
Sylvia Kotting-Uhl.

50 Dass die Regierung noch nicht mal einen Zeitplan habe, verheiße nichts Gutes,
kritisiert Kotting-Uhl. „Das Dringendste ist das Nachhaftungsgesetz“, sagt die
Grünen-Abgeordnete. Es müsse jetzt endlich verabschiedet werden. Jede weitere
Verzögerung erhöhe die Risiken für die Steuerzahler.

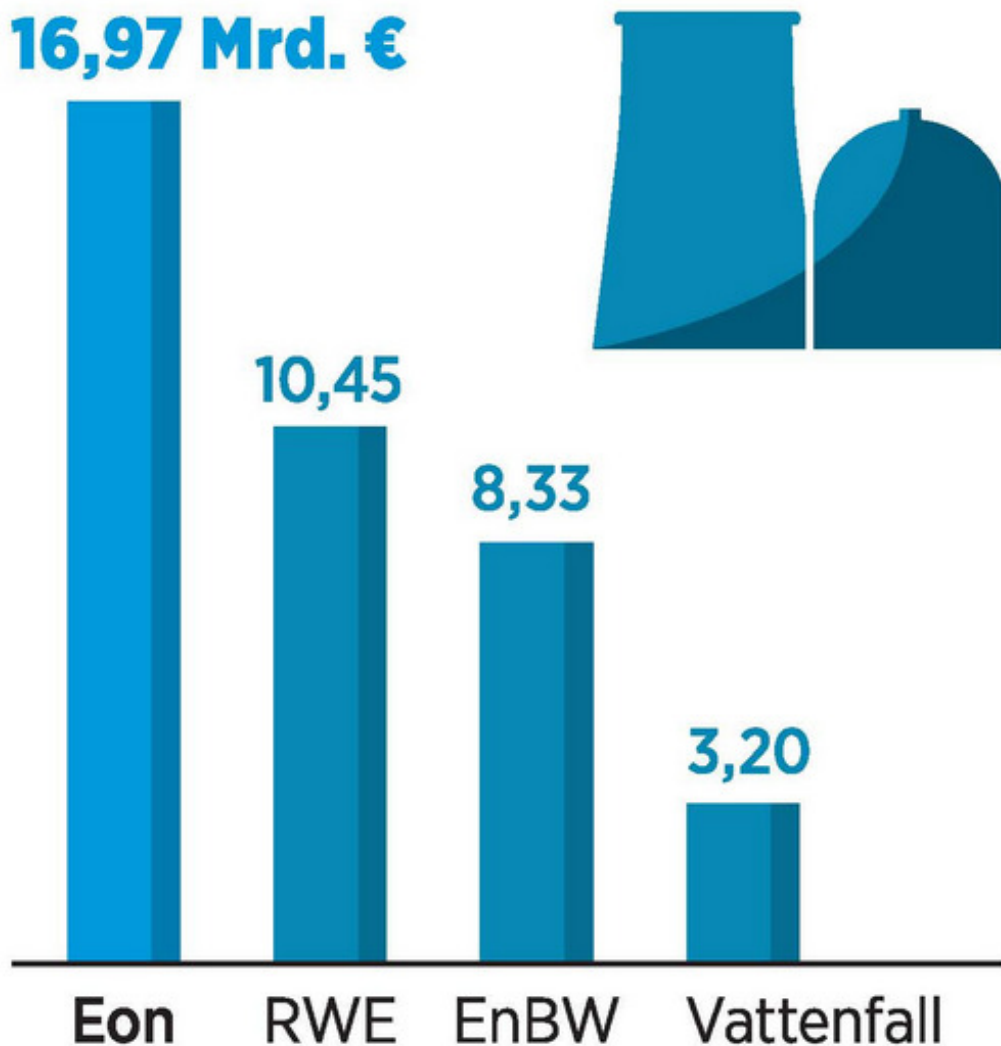
55 Nach Überzeugung der Grünen reicht der Kabinettsbeschluss über das Gesetz nicht
aus, um sicherzustellen, dass das Vertrauen der Konzerne in die derzeit noch geltende
Rechtslage nicht mehr geschützt ist. Sie verweisen darauf, dass der Gesetzentwurf das
Inkrafttreten am Tag der Verkündung, also am Tag der Veröffentlichung im
60 Bundesgesetzblatt, vorsieht. Der Entwurf müsse nun wenigstens so geändert werden,
dass er ein rückwirkendes Inkrafttreten beinhalte. Das sei zwar eine juristisch
wacklige Konstruktion, als Notlösung aber zu vertreten.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 097, 23.05.2016, 6

Teurer Atomausstieg

Rückstellungen der Betreiber in Deutschland 2015 in Mrd. Euro

16,97 Mrd. €



Handelsblatt

Quelle: Unternehmen

Handelsblatt Nr. 097 vom 23.05.2016

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.